

Jürgen Kocka

## Grenzen von Markt und Staat

*In der Theorie begrenzen kapitalistische Märkte und demokratische Staaten einander wechselseitig. Die Praxis aber sieht oftmals ganz anders aus und ist vor allem weit komplexer.*

### Jürgen Kocka

(\*1941) Professor (em.) für Geschichte an der FU Berlin, war u.a. Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). 2011 erhielt er den Holberg-Gedächtnispreis für herausragende Arbeiten im Bereich der Geistes-, Sozial- und Rechtswissenschaften.  
kocka@wzb.eu



In den Debatten um den Kapitalismus und seine anstehende Reform ist das Verhältnis von Markt und Staat zentral. Aus guten Gründen gelten beide als begriffliche Antipoden. Bis zum Ende der Sowjetunion bildete die dort herrschende Variante der staatlich gelenkten Zentralverwaltungswirtschaft das mächtigste Gegenmodell zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Als die gemischt-wirtschaftlichen Systeme des Westens in den 70er Jahren in eine Krise gerieten, wurde ihre Reform durch Deregulierung und Privatisierung vorangetrieben. Die Kämpfe für und gegen Neoliberalismus drehten sich um den Gegensatz von Markt und Staat. Nachdem in der Krise seit 2008 nur umfangreiche staatliche Rettungsaktionen den Zusammenbruch der Kapitalmärkte und die damit verbundenen gesellschaftlichen Schäden verhindern konnten, steht das Ringen um ein angemesseneres Verhältnis von Staat und Markt im Zentrum aller Versuche, die darauf zielen, das kapitalistische System gegen ähnliche Einbrüche widerstandsfähiger zu machen. Dies erweist sich als schwierig, da die transnationale Struktur der Märkte auch transnationale Antworten der staatlichen Seite verlangt, zu der diese, angesichts der zwischenstaatlichen Dauerkonkurrenz, nicht oder kaum in der Lage ist. Hinzu kommt,

dass die enormen Interventionen zur Linderung der Banken- und Finanzkrise das Kraftpotenzial der Staaten aufs Äußerste angespannt haben. Dies zeigt sich an der immens angeschwollenen Verschuldung, welche die einzelnen Staaten schwächt, in Konflikte untereinander verwickelt und ihre innere Legitimationsbasis bedroht. Die Logik der Märkte unterscheidet sich prinzipiell von der Logik der Politik, ob diese obrigkeitstaatlich-hierarchisch oder freiheitlich-demokratisch strukturiert ist.

### Markt braucht Staat und Zivilgesellschaft

Trotzdem würden Debatten und Reformen zu kurz greifen, wenn sie sich ausschließlich auf Markt und Staat *als Antipoden* konzentrierten. Denn zum einen gibt es einen dritten Faktor, die Zivilgesellschaft der selbst organisierten Initiativen, Netzwerke und Organisationen, deren Prinzipien sich von denen der Märkte *und* denen des Staates unterscheiden (ihrer wichtigen Rolle bei der Begrenzung und Einbettung von Markt und Staat kann hier jedoch nicht nachgegangen werden). Zum andern zeigt der historische Langzeitvergleich, dass die konfliktreiche Durchsetzung des Kapitalismus über die Jahrhunderte und seine heutige Dominanz fast überall auf der Welt meist nur in spannungsvoller Verbindung von Markt und Staat, von Wirtschaft und Politik möglich gewesen ist. Der Markt- und radikaler Staat und die Deregulierung seit den 80er Jahren stellen eher die historische Ausnahme als eine Rückkehr zur historischen Normalität dar. Schließlich sollte

das Gegenüber von Staat und Markt, soweit es besteht, vor allem als Errungenschaft und nicht als Ärgernis begriffen werden, denn es stellt einen potenziell segensreichen Mechanismus der gegenseitigen Begrenzung von Markt- und Staatsmacht dar, einen Mechanismus von *checks and balances*. Denn wie zuletzt die Krise von 2008 gezeigt hat, wohnen dem Kapitalismus selbstzerstörerische Kräfte inne; diese hängen mit seinen typischen Merkmalen zusammen: der Dezentralität der wirtschaftlichen Entscheidungen, den partikularen, nicht am Gemeinwohl orientierten, sondern dem jeweils eigenen Gewinn und Erfolg verpflichteten Entscheidungskriterien der Akteure, als auch mit dem Prinzip der Konkurrenz. Dieses zwingt die Akteure, bei Strafe des sonst drohenden Untergangs, zu eigensüchtiger Orientierung und erheblicher Rücksichtslosigkeit. Die Mechanismen ermöglichen Innovation, Wachstum und Wohlstand sondergleichen, begründen aber zugleich die Instabilität und Selbstgefährdung des Systems. Ungleichheit, Unsicherheit, Ressourcenverschleiß und Amoralität sind daraus resultierende Konsequenzen, welche für demokratische Gesellschaften wie die unsere unerträglich sind und die Systemlegitimität unterhöheln.

### **Fehlendes Maß an Selbstbeschränkung**

Nach allen Erfahrungen sind »die Märkte«, die kapitalistischen Akteure, allein nicht in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Vielmehr bedürfen sie sowohl einer zivilgesellschaftlichen Einbettung als auch einer staatlichen Regulierung, die sie zivilisieren und zur Befolgung entsprechender Regeln – welche für ihr langfristiges Überleben unabdingbar sind – verpflichten. Markt braucht Staat, genauer: den regulierenden und sozialen Staat.

Aber das Argument gilt auch umgekehrt. Demokratische Politik – mit meh-

reren Parteien in Dauerkonkurrenz um Wähler, mit dynamischen, nicht auf Zurückhaltung geeichten Medien, mit den nach wie vor weit verbreiteten Wachstums- und Verbesserungserwartungen – besitzt heute nicht genug innere Kraft zur Selbst-Beschränkung. Das geradezu konstitutionelle Ungleichgewicht zwischen staatlichen Einnahmen und staatlichen Ausgaben, die sukzessive in den letzten Jahrzehnten – nicht erst seit der Finanzkrise von 2008 – anschwellende Überschuldung der Haushalte fast aller westlichen Staaten ist dafür das deutlichste Indiz. Das Problem der öffentlichen Schulden ist kompliziert. Sie sind notwendig und in Grenzen nützlich; ein schneller und völliger Schuldenabbau wäre weder wünschenswert noch möglich. Wenn sie aber stetig wachsen und übergroß werden, schwächen sie die staatliche Autonomie und Handlungsfähigkeit. »Die Märkte« hätten ja keine Möglichkeit und übrigens auch keinen Grund, die Staaten der Eurozone – einige mehr, andere weniger – vor sich her zu treiben, wenn diese nicht in immer kürzeren Abständen immer größere Milliardensummen an Anleihen aufnehmen müssten, um neu beschlossene Leistungen zu finanzieren oder um vorher aufgehäufte Schulden zu bedienen.

Die Schwäche einiger Staaten gegenüber dem »Diktat der Märkte« ist vor allem hausgemacht, und sei es aufgrund staatlicher Unfähigkeit, Steuern zu erhöhen oder einzutreiben. Doch diese Krise, die derzeit die Grundfesten der EU erschüttert, ist Ausdruck eines prinzipiellen Dilemmas: nämlich der Unfähigkeit heutiger demokratischer Politik zu der Selbstbeschränkung, die nötig wäre, um die eigene Nachhaltigkeit zu sichern und Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. Ob die demnächst verfassungsmäßige »Schuldenbremse« daran Grundsätzliches ändert, ist zweifelhaft. Der gegenwärtige Turbokapitalismus, die Kasinomentalität vieler Investoren, die Kurzatmigkeit ihrer Entscheidungen und ihre fast absolute Orientierung

an Profitmaximierung um jeden Preis verdienen die scharfe Kritik, die ihnen entgegenschlägt. Trotzdem ist es gut, dass es dem Zugriff der Staaten prinzipiell entzogene Märkte gibt, die – aufgrund ihrer Logik, oft ungeachtet strategischer Absichten – als Korrektoren staatlicher Maßlosigkeit fungieren. Um die Kraft zu inneren Reformen zu finden und ihre Zukunftsfähigkeit nicht zu verlieren, brauchen die Staaten, ebenfalls und gerade die demokratischen unter ihnen, *nicht* kontrollierte Märkte, in diesem Fall: Kapitalmärkte mit vielen kleinen und großen Vermögen, die rentierende Anlagen suchen, die die Staaten kritisch vergleichen und differenziert entscheiden.

Im Verhältnis von Staat und Markt müssen relative Selbstständigkeit, gegenseitige Begrenzung und wechselseitige Verknüpfung zugleich realisiert werden. Derzeit gibt es zu wenig staatliche Regulierung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern

sowie auf internationaler Ebene. Momentan ist aber auch die relative Selbstständigkeit beider Seiten in Frage gestellt: vor allem durch den Zwang, vor dem sich die Staaten sehen, bei Marktmisslingen der großen kapitalistischen Akteure kostspielige Rettungsaktionen mit öffentlichen Mitteln zu unternehmen, weil die gesellschaftlichen Schäden kapitalistischer Zusammenbrüche als unzumutbar gelten (»too big to fail«); wie auch durch den übermäßigen Einfluss kapitalistischer Akteure auf die Politik, besonders in den USA. In diesen Hinsichten ist Entflechtung nötig, mit dem Ziel der größeren Unabhängigkeit der Akteure Staat und Markt voneinander.

Nur wenn es gelingt, relative Selbstständigkeit und wechselseitige Verknüpfung zugleich zu sichern, wird die gegenseitige Begrenzung von Staat und Markt funktionieren, welche als fundamentale Form der Teilung von Macht unabdingbar ist. ■

Thorsten Schäfer-Gümbel

## Rekommunalisierung als Chance für die Demokratie

*Im Zuge der zunehmenden Verschuldung der Kommunen in Deutschland verfielen so manche der Idee, durch allerlei Formen der Privatisierung »den Kahn wieder flott zu machen«. Diverse Fehlentwicklungen zeigen nun aber, dass der Verlust an Gestaltungsmacht der Kommunen auch zu einer Gefährdung der kommunalen Demokratie geführt hat. Eine Umkehr ist dringend erforderlich.*

### Thorsten Schäfer-Gümbel

(\* 1969) ist Vorsitzender der SPD Hessen und der hessischen SPD-Landtagsfraktion.



t.schaefer-guembel@ltg.hessen.de

**K**eine politische Ebene unseres Gemeinwesens steht so unter Druck wie die der Kommunen. Das rührt an den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung,

denn die Kunst der Kommunalpolitik beschränkt sich zunehmend auf Mangelverwaltung. Der Befund ist deprimierend.

In diesem Artikel soll der Blick allerdings nicht in erster Linie auf die Problematik der Finanzausstattung der Kommunen gerichtet werden, sondern auf ordnungspolitische Fragestellungen, die mit der Dominanz marktradikaler Entwicklungen einhergehen.

Die Kommunen sind die Ebene, bei der der Trend zur Entsolidarisierung und Entstaatlichung am stärksten durchgeschlagen